

Antrag^{*)}

der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP
und FREIE WÄHLER

Weiterbildung stärken – Teilhabe sichern

Der Landtag stellt fest:

Gute und verlässliche Weiterbildungsangebote sind ein wesentlicher Baustein für eine gelingende Transformation und bestmögliche Teilhabe am wirtschaftlichen und sozialen Leben. Ziel der rheinland-pfälzischen Weiterbildungspolitik ist daher die Förderung eines vielfältigen, attraktiven und für alle Bevölkerungsgruppen zugänglichen Weiterbildungsangebotes.

Hierzu tragen die Volkshochschulen mit ihrer kommunalen Anbindung und die Weiterbildungsorganisationen in freier Trägerschaft mit ihrer zivilgesellschaftlichen Verwurzelung in entscheidender Weise bei. Für ihre engagierte, qualitativ hochwertige und flexible Arbeit, auch unter teils schwierigen Rahmenbedingungen wie beispielsweise während der Corona-Pandemie, gebührt ihnen daher großer Dank. Die Weiterbildung ist ein gleichberechtigter Teil des Bildungswesens, sie dient dem ganzen Menschen, seinen persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen. Den sieben nach dem rheinland-pfälzischen Weiterbildungsgesetz (WBG) anerkannten Einrichtungen kommt in diesem Bereich eine wichtige Rolle zu.

Der Landtag bekennt sich zur verlässlichen Förderung der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz. Daher hat er die Förderung der anerkannten Volkshochschulen und Landesorganisationen der Weiterbildung im aktuellen Doppelhaushalt 2023/2024 spürbar erhöht und zudem auch die Mittel für digitales Lernen in der Weiterbildung angehoben, so dass sich die Gesamtausgaben im Bereich der Weiterbildung nun auf 13,2 Mio. Euro im Jahr 2023 und 13,7 Mio. Euro im Jahr 2024 belaufen. Davon entfallen rund 10,0 Mio. Euro (2023) bzw. 10,5 Mio. Euro (2024) auf die Regelförderung der Weiterbildungsträger.

Angesichts großer Umbrüche in der Arbeits- und Lebenswelt der Rheinland-Pfälzer:innen betont der Landtag die Wichtigkeit besonders niedrigschwelliger und bedarfsgerechter Weiterbildungsangebote, mit denen auch Menschen erreicht werden können, die Weiterbildungsangebote bislang eher wenig genutzt haben. Ziel muss es weiterhin sein, den Zugang zu Weiterbildung möglichst unabhängig von schulischer Vorbildung und finanziellen Voraussetzungen der Bürger:innen zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund spricht sich der Landtag auch für die Beibehaltung der Umsatzsteuerbefreiung für kommunale und gemeinwohlorientierte Erwachsenenbildungseinrichtungen aus. Eine Umsatzsteuerpflicht würde sich unmittelbar auf die Teilnahmeentgelte auswirken und damit den Zugang zu Erwachsenenbildungsangeboten für viele Menschen erschweren.

Nur durch die Gewährleistung eines flächendeckenden und für alle bezahlbaren Weiterbildungsangebots wird die Sicherung von Bildungschancen und die Teilhabe für alle Bevölkerungsschichten gewährleistet.

Der Landtag begrüßt

– die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Land und den an-

^{*)} Dieser Antrag tritt an die Stelle des Antrags der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP – Drucksache 18/6700 –.

erkannten Weiterbildungsträgern sowie die gemeinsamen, erfolgreichen Anstrengungen zur Sicherstellung eines leistungsstarken und flächendeckenden Weiterbildungsangebots in Rheinland-Pfalz;

- das klare Bekenntnis der Landesregierung, dass die Teilnahme an Weiterbildungen auch künftig für die Menschen in Rheinland-Pfalz bezahlbar bleiben soll;
- die entsprechenden Bemühungen auf allen Ebenen, die darauf abzielen, dass Weiterbildungsangebote auch weiterhin von der Umsatzsteuer befreit bleiben.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf

- sich weiterhin auf Bundesebene für die Vorlage einer europarechtskonformen Regelung einzusetzen, die den Weiterbildungsbegriff weit fasst und eine Umsatzsteuerbefreiung kommunaler und gemeinwohlorientierter Erwachsenenbildungsangebote in öffentlich- und privatwirtschaftlicher Trägerschaft auch für die Zukunft gewährleistet;
- sich auch künftig dafür einzusetzen, dass kommunale und gemeinwohlorientierte Weiterbildungseinrichtungen angesichts ihres angebotenen Bildungsspektrums als mögliche Bildungsträger umsatzsteuerfreier Leistungen weiterhin explizit im Gesetz aufgeführt werden;
- in Zusammenarbeit mit den anerkannten Weiterbildungsträgern weiterhin dafür zu sorgen, dass die vielfältige und qualitativ hochwertige Weiterbildungslandschaft in Rheinland-Pfalz stetig ausgebaut und gestärkt wird.

Für die Fraktion
der SPD:
Martin Haller

Für die Fraktion
der CDU:
Martin Brandl

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Carl-Bernhard von Heusinger

Für die Fraktion
der FDP:
Marco Weber

Für die Fraktion
FREIE WÄHLER:
Stephan Wefelscheid